

# Leipziger Tageblatt

und  
Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

115. Jahrgang

**Bezugspreis:** Für Leipzig und Umgebung jährlich 120 Mark, halbjährlich 60 Mark, vierteljährlich 30 Mark. Für den Rest des Reichs jährlich 130 Mark, halbjährlich 65 Mark, vierteljährlich 32 Mark 50 Pf. Ausland: jährlich 150 Mark, halbjährlich 75 Mark, vierteljährlich 37 Mark 50 Pf. Einzelhefte 1 Mark 50 Pf. Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig, Postfach 100.

Das Reichsarchiv enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Reichslandes der Stadt Leipzig, das Reichsarchiv Leipzig, sowie verschiedene andere Behörden.

**Anzeigenpreis:** Für Leipzig und Umgebung: 1. Linie 1 Mark, 2. Linie 80 Pf., 3. Linie 60 Pf., 4. Linie 40 Pf., 5. Linie 20 Pf. Für den Rest des Reichs: 1. Linie 1,20 Mark, 2. Linie 90 Pf., 3. Linie 70 Pf., 4. Linie 50 Pf., 5. Linie 30 Pf. Ausland: 1. Linie 1,50 Mark, 2. Linie 1,10 Mark, 3. Linie 80 Pf., 4. Linie 60 Pf., 5. Linie 40 Pf. Druck- und Verlagsanstalt: Leipzig, Postfach 100.

№. 84

Freitag, den 21. Januar

1921

## Das Programm der französischen Regierung

### Briands Richtlinien für die auswärtige Politik

Paris, 20. Januar. (Drachbericht.) In der Regierungserklärung, die heute mittags vom Ministerpräsidenten Briand in der Kammer und vom Minister des Innern Marraud im Senat verlesen wurde, heißt es u. a.: Die Regierung erkennt die Schwierigkeiten an und erklärt sich bereit, ihnen die Stirn zu bieten. Aber sie weiß, daß diese Schwierigkeiten unüberwindlich sind, wenn sie nicht das volle Vertrauen und die engste Zusammenarbeit der beiden Kammern genießen. Wir haben einen Friedensvertrag mit Deutschland, aber wir haben noch nicht den Frieden, den wir verdienen. Der Frieden der Herrlichkeit und der Macht, der die wirtschaftlichen Rechte Frankreichs bestätigt und die Sicherheit Frankreichs befestigt wird. Wir werden diese Sicherheit nur erlangen, wenn Deutschland entwaffnet ist. Das ist für unser Land eine Lebensfrage, die der Regierung die erste und feierlichste ihrer Pflichten vorschreibt. Wir werden uns dieser Pflicht nicht entziehen. Der Wiederaufbau unseres zerstörten Bodens, unserer zerstörten Industrien und das Gleichgewicht unserer Finanzen ist nur möglich, wenn Deutschland die Reparation leistet, die der Friedensvertrag ihm auferlegt. In dieser Hinsicht werden die Alliierten uns ihre Unterstützung gewähren. Das verlangen wir im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit, für die wir gekämpft und für die wir gekämpft haben. Die Völker sehen sich nach der Wiedererlangung des Friedenssehens, aber die Rückkehr zu normalen Beziehungen ist nur dann möglich, und das Unbehagen, das auf der Welt lastet, kann nur dann zerstreut werden, wenn die stärksten Ungerechtigkeiten von gestern wiedergutmacht werden. Deutschland ist besiegelt, aber keine Fabriken ist zerstört. Seine produktiven Kräfte sind ganz gewaltig und selbst die Bewegung des Wohlstandes, wie sie ihm die Niederlage auferlegt hat, öffnet ihm in weitaus höherem Maße die Hoffnung auf wirtschaftliche Ausdehnung. Es ist nötig, Deutschlands schnelle Wiedererhebung voranzutreiben. Fern liegt uns der Gedanke, ihm Hindernisse zu bereiten. Aber der Widerspruch zwischen dem Wohlergehen des Volkes, das der Angreifer war, nach seiner Niederlage, und dem Ruhm des Volkes, das den Sieg davongetragen hat, das ist eine Herausforderung der elementarsten Gerechtigkeit, die Frankreich nicht annehmen kann. Wir haben die Gewalt, wir können und wir werden es verstehen, uns ihrer zu bedienen, wenn es nötig wäre Deutschland den Respekt vor allen unterworfenen Völkern anzuzuerkennen. Aber das republikanische Frankreich ist seinem Wesen nach friedlich und in Frieden wollen wir Deutschland zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bringen. Frankreich verlangt alles, was ihm zufließt. Es ist vernünftig, es verlangt nichts, was unmöglich ist, aber was sehr geizig ist, das ist, daß alle Möglichkeiten der Bezahlung seitens des Schuldners in Geld, in natura und in Wertpapieren aller Art zum Vorteile des Gläubigers durchgeführt werden. Das ist nur Gerechtigkeit. Es ist unsere Ansicht, daß dieses Ziel nur durch eine enge Eintracht zwischen den Verbündeten erreicht werden kann. Diese Eintracht ist die grundlegende Bedingung für die Regelung aller Fragen, die die tatsächliche Wiederherstellung des Friedens anfallen. Wir werden alles tun, um diese Freundschaft aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln, und haben die feste Zuversicht, daß unser großer Freund und Verbündeter England

uns darin mit allen Kräften unterstützen wird. Das enge Bündnis mit England ist die Grundlage unserer auswärtigen Politik.

Das Italien betrifft, so werden unsere Interessen dahin gehen, die Bande, die der Krieg zwischen den beiden lateinischen Völkern so glücklich begründete, noch fester zu gestalten. Wir haben das Vertrauen, daß wir für die Lösung der Fragen, die unseren Interessen in Rom dienen, dieselbe freundschaftliche Stimmung finden, die Italien für die Regelung der Adriastfrage in Paris gefunden hat.

Die jahrhundertalte Freundschaft zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, die unergänzlichen Erinnerungen unserer gemeinsamen Geschichte, die dazu geführt haben, daß unsere Soldaten auf dem Schlachtfelde der Freiheit gemeinsam ihr Blut vergossen haben und es auch in Zukunft tun werden, wenn es nötig werden sollte, sind eine Bürgschaft unserer Einigkeit im Frieden wie im Kriege.

Die unüberwindlichen Interessen, die uns dazu geführt haben, uns mit den edlen Völkern zu einer gemeinsamen Verteidigung durch ein Militärabkommen zu verbinden, haben trotz der Verschiedenartigkeit der beiderseitigen Volkssysteme den Abschluß einer wirtschaftlichen Vereinbarung vorbereitet.

Unsere Beziehungen zu unseren Freunden und Verbündeten in Mitteleuropa werden weiter befestigt sein von dem Gefühl wahren Vertrauens, wie es während des Krieges entstanden ist. Wir werden auch nicht die strikte Durchführung der Friedensverträge zu allen den Staaten, die aus dem Zerfall des österreichisch-ungarischen Reiches entstanden sind, vernachlässigen und die Abmachungen durchführen, die es jedem dieser Länder ermöglichen, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu betreiben.

Die Lage im Orient nimmt in immer steigendem Maße unsere Aufmerksamkeit in Anspruch, und es ist dringend nötig, daß der Frieden mit der Türkei verwirklicht wird.

Die Opfer, die die große russische Nation zu Beginn des Krieges für die Freiheit der Welt gebracht hat, haben wir nicht vergessen. Wir werden ihr unsere unerschütterliche Dankbarkeit bewahren. Aber unter den gegenwärtigen Umständen werden wir ebensowenig wie unsere Vorgänger die Sowjetregierung anerkennen, solange in Moskau kein Regime besteht, das in Wirklichkeit das russische Volk darstellt, und das bereit ist, die Verpflichtungen zu halten, die die frühere Regierung dieses Landes übernommen hat. Der Bolschewismus in Rußland muß auf seine Grenzen beschränkt bleiben. Wir haben nicht das Recht, in Rußland zu intervenieren, aber es ist uns unmöglich, zuzulassen, daß die Sowjetarmeen unsere Verbündeten angreifen.

Das ist das Programm der auswärtigen Politik, das wir Ihrer Billigung unterbreiten. Um auch gegenüber den Regierungen, mit denen der Friede noch nicht wiederhergestellt ist, uns stark zu halten und um unsere Interessen zu verteidigen und sie zum Siege zu führen, ist es nötig, daß wir stark sind und stark bleiben. Wir werden uns hüten unsere militärische Macht zu schwächen. Aber das ist eine schwere Last für das Land und sie muß deshalb auf das strengste notwendige Maß beschränkt werden. Wir werden daran gehen, so bald als möglich die der Kammer vorliegenden Gesetzentwürfe zur Zustimmung zu bringen, durch die eine Herabsetzung der militärischen Dienstbarkeit und eine Organisation unserer Armee beabsichtigt ist, die dem Gedanken des nationalen Lebens besser angepaßt ist. Um stark zu sein, genügt für Frankreich nicht eine starke Armee zu haben, es muß auch gesunde Finanzen haben. Das erfordert von den Bürgern eine beträchtliche Anstrengung.

## Um die Wiedergutmachung

### Eine Unterredung Dr. Wapens mit Briand.

Berlin, 20. Januar. (Eigener Drachbericht.) Der französische Ministerpräsident Briand hat am 18. Januar, ebendort, den deutschen Botschafter in Paris aufgesucht und mit ihm die Frage der Beziehungen Frankreichs zu Deutschland und die der Reparation besprochen. Der deutsche Botschafter hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß Deutschland bisher immer daran festgehalten habe, daß seine Gesamtschuld festgesetzt werden müsse. Dies hätte auch für Frankreich den Vorteil gehabt, daß man auf der Grundlage einer Regelung des ganzen Reparationsproblems leichter zu einer internationalen Anleihe gelangen könne. Wenn man eine Lösung für etwa nur 5 Jahre treffe, so sei das infolgedessen nicht, als das deutsche Volk immer noch kein Ende absehe und stöhnen würde, um so mehr zahlen zu müssen, je mehr es arbeite. Trotzdem habe die deutsche Regierung sich auf Wunsch der Gegenseite unter gewissen Voraussetzungen, die in Betreff der Kenntnis der Alliierten gebracht worden sind, bereit erklärt, über eine Lösung des Problems auf eine Reihe von Jahren zu verhandeln. Der Botschafter betonte, daß Deutschland nach seiner Ansicht nicht imstande sein werde, in den nächsten Jahren einschließlich der Kohlenlieferungen mehr als einen Teil der von uns verlangten Summe und anders als in natura zu leisten. Ministerpräsident Briand gab darauf seiner Hoffnung Ausdruck, in der Reparationsfrage bald eine Verständigung zu finden.

### Einzelheiten

### des französischen Vorschlags

Paris, 20. Januar. Derinay teilt in einem Artikel im 'Echo de Paris' mit, daß die Sowjetregierungen auf der Brüsseler Konferenz am 18. Januar in der Reparationsfrage ihre Vorschläge dem Obersten Räte mitgeteilt haben. Die raten darin, von Deutschland 5 Jahreszahlungen von 3 Milliarden Goldmark zu verlangen, die teils in bar, teils in natura bezahlt werden sollen.

Eine Festsetzung der deutschen Schuld bis zum 1. Mai 1921 findet nicht statt. Die Deutschen sollen gewisse Konzessionen erlassen. So sollen ihnen 300.000 Tonnen Handelschiffraum, die sie den Alliierten noch schulden, erlassen werden. Ob die Kosten der Okkupationsarmee, die nicht mehr als 240 Millionen Goldmark betragen werden, in den Jahreszahlungen verrechnet werden, steht noch nicht fest. Für den Fall, daß Deutschland sein Wort nicht hält, sind Sicherungsmaßnahmen vorgesehen: Beschlagnahme der Zölle, Beschlagnahme oder Einziehung verschiedener Monopole, wie zum Beispiel

eines Salzmonopoles. Lord d'Hermon hob hervor, daß, wenn die deutsche Schuld nicht endgültig bis zum 1. Mai festgesetzt sei, man in Widerspruch mit dem Friedensvertrag von Versailles komme. Diese Abänderung des Friedensvertrages müsse die Zustimmung der anderen Länder, in erster Linie Deutschlands, erhalten.

Ueber die Verhandlungen mit Bergmann teilt Derinay mit, daß dieser am Dienstag erklärt habe, er nehme Jahreszahlungen an, aber nur in einer Höhe von 2 Milliarden Goldmark jährlich, wobei die Zahlungen nicht mehr als 500 Millionen betragen dürften. Außerdem verlangte er noch alljährlich 100 Millionen. Die alliierten Sowjetregierungen hätten sich demnach nicht entschlossen, ihr Programm festzusetzen, ohne weiter den Versuch zu machen, mit den Deutschen zu einem Einverständnis zu kommen.

Derinay bekämpft das Programm der Alliierten und tritt für eine Pauschalsumme ein.

Berlin, 20. Januar. In dem Artikel des 'Echo de Paris', der irrtümlich Angaben über die Stellung Deutschlands zur Reparationsfrage enthält, erklärt W. E. D.: Eine Meldung über die Verhandlungen des Staatssekretärs Bergmann in Paris liegt bisher an den Berliner amtlichen Stellen nicht vor. Die Bemerkung, daß eine Vereinbarung über die Zahlung von fünf Annuitäten unter vorläufiger Zurückstellung der Festsetzung der Gesamtschuld als Abweichung vom Friedensvertrage der Zustimmung Deutschlands bedürfte, ist richtig. Wenn in der Pariser Meldung angedeutet wird, daß Bergmann außer dem im 'Echo de Paris' aufgeführten Verhandlungen noch weitere Forderungen gestellt habe, so sind damit vermutlich die bereits in Brüssel erörterten und der Öffentlichkeit bekannten Ansprüche Deutschlands über die gleichberechtigte Behandlung Deutschlands auf dem Handelsgebiet und über die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Auslande gemeint. Außerdem wurde als selbstverständliche Voraussetzung für unsere Zahlungen das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland bezeichnet. Die Mitteilung, daß sich Bergmann mit der Zahlung von 2 Milliarden einverstanden erklärt habe, beruht offenbar auf einem Mißverständnis, da eine Verständigung über die Summe erst erfolgen kann, sobald über die als Voraussetzung für die Verhandlungen geforderten Zugeständnisse Einigkeit erzielt ist.

### Der abgelieferte Schiffraum

Paris, 20. Januar. Bis zum 31. Dezember wurden an die Reparationskommission von Deutschland insgesamt geliefert: 2 054 729 Tonnentragfähigkeiten Schiffe, davon 2 019 855 Dampfer, 3 750 Schlepper, 25 329 Segler. Deutschland hat noch etwa 500 000 Tonnentragfähigkeiten zu liefern. Von dem abgelieferten Schiffraum sind bisher 1 814 173 Tonnentragfähigkeiten verteilt worden: Im England 1 477 930, Frankreich 186 924, Italien 124 901, Japan 28 678, Belgien 15 831 Tonnentragfähigkeiten. Der Dampfer 'Terpich' (20 000 Tonnentragfähigkeiten), der eben fertiggestellt ist, wird im Januar abgeliefert.

## Der verhinderte dritte Polenaufstand

Korsantos Erpressungsversuch. — Wofür die Interalliierte Kommission in Oppeln Interesse hat.

(Von unserem ober-schlesischen Mitarbeiter.)

Wespen, 21. Januar.

Die deutsche Regierung ist mit ihrer Note über die neuen polnischen Gewaltpläne dem polnischen Unruhestifter Korsantio in die Parade gefahren. Sein Putsch vom 15. bzw. 18. Januar konnte nicht verwirklicht werden. Die letzten Tage haben aber eine Ueberfülle von Beweismaterial dafür erbracht, daß der dritte Polenaufstand auf Tag und Stunde genau festgelegt war und daß er ohne die deutschen Veröffentlichungen auch zur Durchführung gekommen wäre. Die deutsche Note zwang Korsantio, den bis zu seinen letzten Vertrauensmännern angelegten Putsch schienigst abzugeben. Er wollte und durfte der Berliner Regierung nicht recht geben, weil sonst ihr Kredit bei der Entente hätte zum Schaden der Polen steigen können. Deshalb mußte er versuchen, den Putsch abzugeben, um dann gegenüber der Interalliierten Kommission sagen zu können: „Seht, so steht die deutsche Wahrheitsliebe aus; so ist es befestigt mit den deutschen Veröffentlichungen, die doch immer auf Fälschungen beruhen.“ Nach diesem Rezept hat der Polenaufstand denn auch tatsächlich gearbeitet, und er arbeitet in Presse und Versammlungen auch heute noch danach.

Korsantio's Rechnung hat aber für den, der sehen und hören will, ein Loch: Er hat den Aufstand zu spät abgeblasen! Die in dem polnischen Besatzgebiet diesseits und jenseits der Grenze gedachte Besetzung konnte nicht mehr geahmt werden. Obwohl Korsantio sämtliche Fahrräder und Automobile sowie Woten in Bewegung setzte, war es ihm nicht mehr möglich, auch die letzten Vertrauensmänner, den letzten Hallersoldaten zu benachrichtigen, und so kam es denn ganz selbsterleuchtend an dem für den Beginn des Putsches festgelegten Tage zu einer Reihe lokaler Räuberzügen schlimmster Art. In allen Fällen, die bisher bekannt wurden, handelt es sich nicht um Schredensstaaten einzelner oder mehrerer Banditen, sondern um Räuberzüge großer, wohlorganisierter Banden, die für den Putsch bereitgestellt waren und Beschäftigung auf eigene Faust suchten, als das Signal zum Aufstand auf sich warten ließ. Ihre Ausrüstung war so reichlich, daß sie nur für den Aufstand berechnet sein konnte! Hund dreißig Banditen waren es, die das große Blutbad in Carlisle an der Grenze anrichteten, bei dem vier Personen ermordet und vier weitere so schwer verwundet wurden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Handgranaten (französischen Ursprungs!) waren in Ueberfülle im Besitz der Banditen, ebenso waren sie alle mit Gewehren und Revolvern ausgerüstet. Ein zweiter, ebenso groß angelegter Ueberfall ereignete sich im Kreise Rabinik, wo ein Deutschgestinnter zunächst verschleppt und dann in grausamster Weise ermordet wurde. Auch in diesem Falle handelte es sich um eine reich ausgestattete Bande von 25 bis 30 Mann. Beide Fälle, denen sich eine Reihe kleinerer Schandthaten zugesellte, spielten sich am 15. Januar ab, an dem Tage, an dem der dritte Polenaufstand ursprünglich beginnen sollte! Weiter verlaufene größere bewaffnete Polenbanden in Bogusichy und in Roszgin-Schippinich den deutschgestinnten Teil der Abstammungspolizei zu entwaffnen. Nur dem Eintreffen von Verstärkungen ist es zu verdanken, daß die Entwaflung nicht — wie im letzten August in Roszlowich und Bogusichy — durchgeführt werden konnte. Die Verbrecher entwichen nach der Tat sofort nach Polen!

Aber auch sonst liegen zahlreiche Beweise dafür vor, daß Herr Korsantio lediglich infolge der kürzesten Frist vor dem geplanten Aufstand durch die deutsche Regierung veröffentlichten Pläne seine Nord- und Brandkommissionen nicht mehr rechtzeitig abblenden konnte. Dafür spricht auch die Velleiterung zahlreicher Eskorsander Grenze mit Fahrrädern durch die Polen wenige Tage vor dem festgesetzten Datum. Für Unternehmungen auf eigene Faust liefert selbst ein Korsantio seinen Leuten keine, immerhin doch kostspieligen Fahrräder! Weiter: In einer Reihe von Ortschaften der Grenzgebiete steckte die polnische Jugend am 15. morgens geschlossen den weißen Adler an die Mähe, gewissermaßen als militärisches Organisationsabzeichen, und wartete der Dinge, die da kommen sollten. Am 17. d. M. ließen die Polen den weißen Adler wieder verschwinden! Die Hallersoldaten einer Reihe von Ortschaften versammelten sich am 5. Januar zur Empfangnahme der auf ober-schlesischem Boden verstreut liegenden Waffen. In anderen Ortschaften, in deren Nähe polnische Waffenlager bisher noch nicht angelegt werden konnten, erhielten die Hallersoldaten am 13. und 14. Elbrieße, die nichts anderes enthielten, als die Einberufung nach dem Sammelstellen jenseits der Grenze, wo sie ebenfalls Waffen in Empfang nehmen sollten.

Korsantio ist darüber, daß sein Januar-Putsch verunglückt ist, so verärgert, daß er in Leitartikeln die deutsche Regierung beschuldigte, sie habe in ihrer Note an die Alliierten „offenbar Unfug leihet“, und er stellt die rhetorische Frage, wie lange sich die Entente derartige Notizen noch gefallen lassen wolle. Im solchen Atemzuge aber versucht er sein Glück mit einem großen Erpressungsversuch. In einer von ihm selbst unterzeichneten Erklärung spricht er von deutschen Schreckensmännern — alle Personen, die seine verbrecherische Politik bekämpfen, sind Schreckensmänner — und er sagt dann weiter:

Diese dunklen Ehrenmänner... geben sich einer Täuschung hin, wenn sie glauben, daß sie Strafen ausgeben werden. Aber die Erpresser und Betrüger, die Verleumder und ihre Helfershelfer werden schließlich zur Verantwortung gezogen werden. Wir haben Geduld und können warten. Strafen werden nicht genügt werden!